

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 254

27. Feb. 2002

8. Jahrgang

Ixil-Jugend in der Krise (Teil 1)

Der interne bewaffnete Konflikt in Guatemala hat nicht nur jenen sein Erbe hinterlassen, die die Gewalt selbst miterlebt haben, sondern auch der heutigen Jugend. Obwohl sie zur Zeit der schlimmsten Gewaltperiode (1980-85) entweder Kleinkinder oder noch gar nicht geboren waren, haben ihre Eltern ihre Traumata weitergegeben. Schmerz, Verzweiflung und internalisierte Gewalt üben ihren Einfluss auf die neue Generation aus, manifestieren sich in Identitätskonflikten und erhöhter Selbstmordrate unter indigenen Jugendlichen.

Der Artikel von Shannon Lockhart und Olivia Recondo (Übersetzung: Yvonne Joos) ist in der Nummer 22/2001 des von NISGUA herausgegebenen *Report on Guatemala* erschienen. Wegen seiner Länge, werden wir ihn in zwei Teilen veröffentlichen.

Das Phänomen der jüngsten Serie von Suiziden sowie der momentane Widerstreit von Identitäten in ländlichen Gemeinden stammen vom Krieg und seinen dazugehörigen kulturellen Verlusten. Indigene Teenager sind mit einer Reihe von konkurrierenden Forderungen, Erwartungen, Zielen und Wünschen betreffend die Identität und Zugehörigkeit konfrontiert, da die Eltern und die KameradInnen, die Popkultur und die Kirchen alle um ihre Aufmerksamkeit und Werte wetteifern. Das Umfeld, in dem die Indígena-Jugendlichen ihr Alltagsleben ordnen und aufbauen, ist geladen mit erinnerten Traumata, internalisierter Gewalt, schnellem Wandel und widersprüchlichen Botschaften.

1998 suchte die Organisation *Niños Refugiados del Mundo* in Nebaj, Quiché, Unterstützung beim Menschenrechtsbüro der Erzdiözese Guatemala (ODHAG), um Selbstmorde, speziell unter Jugendlichen, zu verhindern. Das ODHAG begann in der Gegend zu arbeiten, und bot Workshops in Konfliktlösung für JugendleiterInnen an. Später führte das Büro eine soziale Umfrage in der Ixil Region durch.

Erbe der Gewalt

In der Tradition Guatemalas und der Mayakultur war Suizid selten. Doch seit den späten 1990er Jahren ist eine Welle von Selbstmorden über Nebaj und die umliegenden Dörfer hereingebrochen. Indem die Leute mit dem Schmerz der Verluste und der Bedeutung der Taten ringen, ist der zuvor ungewöhnliche Begriff «Suizid» zu einem Bestandteil des lokalen Diskurses geworden.

Die Gemeinden Nebaj, Chajul und Cotzal, die im Norden des Departements Quiché liegen, bilden das «Ixil Dreieck», wo die meisten indigenen Ixil-Gruppen leben. Während des internen bewaffneten Konflikts litt die Bevölkerung im Kreuzfeuer zwischen dem *Ejército Guerrillero de los Pobres* (EGP) und dem guatemaltekischen Militär. Strategien zur Aufstandsbekämpfung hatten massive Verdrängung der und Massaker unter der Zivilbevölkerung zur Folge. Gemäss der staatlichen Wahrheitskommission (CEH) beging die guatemaltekische Armee Völkermord an der ethnischen Gruppe der Ixil.

Der Konflikt zeichnete die *Ixiles* so tief, dass sie vom Leben „vor“ und „nach“ der Gewalt sprechen; die schlimmste Zeit der Kämpfe in den 1980er Jahren wurde zum Referenzpunkt ihres Lebens. Zu einem gewissen Grad herrscht ein Ge-

nerationen-Vakuum, was die historische Erinnerung anbelangt; viele heutige Jugendliche haben den Krieg nicht direkt miterlebt und erinnern sich kaum daran. Trotzdem sind sie mitten in der Gewalt von Eltern aufgezogen worden, die überlebt haben und ihnen erzählen, was geschah.

"Die meisten der Jugendlichen waren während jener Zeit entweder im Mutterleib oder sie waren Neugeborene; auch das kommt von der Familie... Mit der Muttermilch nahmen sie Traurigkeit und Glück auf; ihre Charaktere wurden so geformt, wie ein wütendes Kind." - Ixil-Erwachsene, Interview in Nebaj

Diskriminierung und der versuchte Völkermord ihres Volkes führte zu Selbsthass und Schuld unter den *Ixiles*. Dies äussert sich in Depression, Alkoholismus, Ohnmacht und Hilflosigkeit sowie in neuen Formen von Gewalt gegen sich selbst und andere, inklusive Selbstmord.

Jüngste Suizide in Ixil-Gemeinden zeigen jene Formen von Gewalt, die im Krieg üblich waren. Während des Konflikts wurden verdächtige Subversive oft in der Öffentlichkeit aufgehängt, und die Mehrzahl der Selbstmorde von Jugendlichen geschahen durch Erhängen. Die Leute in Nebaj glauben, dass die hohe Anzahl der Selbstmorde eine Langzeitfolge der Schäden darstellt, die den Familien während der Gewaltperiode angetan wurden.

Sowohl die Jugendlichen als auch die Erwachsenen in Ixil-Dreieck sind der Meinung, dass die Suizide von zwei fundamentalen Ursachen herrühren: Von emotionalen Problemen der Jugendlichen (ein Grund für speziellen Stress) und vom Mangel an Lösungen für diese Probleme. Diese Umstände resultieren zum grossen Teil vom hohen Armutsniveau und dem Zerfall traditioneller spiritueller und sozialer Strukturen.

Der bewaffnete Konflikt wie auch die äusseren Einflüsse, welche über die Region in der Zeit nach dem Konflikt hereingebrochen sind, haben die traditionellen Prozesse der Problemlösung und die spirituelle Führung in Ixil-Gemeinden geschwächt. Durch die soziale Zerstörung der Kriegszeit wurden auch traditionelle Formen der Gemeinschaftsorganisation durch militarisierte Strukturen ersetzt. In diesem Kontext haben viele *Ixiles* das Gefühl, es fehle ihnen ein kollektives Lebensprojekt oder ein Ziel, das einen Sinn hat für ihre Zukunft als soziale Gruppe. Die

anhaltende Weigerung der Regierung, Kompensation für materielle Zerstörung zur Verfügung zu stellen, vervollständigt das Gefühl von Sinn- und Hoffnungslosigkeit.

Gleichzeitig konfrontieren verschiedene soziale Gruppen und äussere Einflüsse die Ixil-Jugendlichen mit widersprüchlichen Werten, Weltanschauungen und Verhaltensmustern, welche die Identität der Jugendlichen betreffen. Das ODHAG-Team hat herausgefunden, dass die Selbstmordversuche und Todesfälle von Jugendlichen in Beziehung stehen zu einer Reihe von sich widersprechenden Botschaften und Wertestrukturen in den Ixil-Gemeinden.

Der Stolz der *Ixiles*

Der traditionellen Definition der *Ixiles* zu Folge ist ein/e „Jugendliche/r“ eine unverheiratete Person, die über die Kindheit hinaus ist und noch nicht eine formale soziale Rolle in der Gemeinde übernommen hat. Dieses Konzept weicht von der strikt altersabhängigen Definition eines/einer Minderjährigen des guatemaltekischen Staates ab.

„Wenn ein 15-jähriger Junge bereits verheiratet ist, ist er kein Jugendlicher... Wenn ein 40-jähriger Mann unverheiratet ist, ist er ein Jugendlicher.“ – Jugendlicher, Workshop in Nebaj.

Eine Art für die Jugendlichen in Nebaj, sich selbst zu definieren – sowohl als Gruppe als auch individuell –, ist ihre Ethnizität als Ixil-Mayas. Wenn sie sich selbst beschreiben, erwähnen die Jugendlichen immer, dass sie *Ixiles* sind, Ixil sprechen, die traditionelle Kleidung tragen (Frauen: rote Röcke und kunstvoll gewobene Blusen und Tücher mit Tieren, Pflanzen und geometrischen Symbolen) und bestimmte Lebensmittel essen. Diese Identitätsmerkmale stimmen mit den Beschreibungen des traditionellen Lebensstils der Erwachsenen überein. Sowohl die verinnerlichte Kultur (Lebensstil und Weltanschauung) der *Ixiles* als auch die von der Gemeinschaft geteilte Geschichte (inklusive Unterdrückung und versuchte Auslöschung) wurden von einer Generation zur nächsten weiter gegeben und sind nun von den Jugendlichen wiederum internalisiert worden.

Das traditionelle Bild von Identität, das die Jugendlichen wie die Erwachsenen beschreiben, definiert ein Wertesystem und einen Lebensstil, der auf *Glück, Ehre, Bescheidenheit, Verantwortung, Gehorsam, Respekt* (für sich selbst und andere, für Traditionen und Kultur, für die Muttersprache), *Verständnis, Arbeit, Dynamik, Partizipation und Hilfe für andere, Intelligenz* (theoretisch und praktisch) und *Treue* (in zwischen-

menschlichen Beziehungen: Freundschaften, Liebe, Brauch-Gesetz-Verbindungen, Ehe) basiert. Diesen Idealen wohnt eine Spiritualität inne, die im Gottesdienst in einer religiösen Gruppe konkret gelebt wird.

Gespaltene Spiritualität

Für die *Ixiles* ist die Spiritualität auf komplexe Weise an die kulturelle Identität gebunden. Zudem wandten sich viele während der schlimmsten Zeit der Gewalt – als den Leuten alles genommen wurde, was in ihrem Leben heilig war – dem Glauben zu, um Interpretationen zu finden für das, was ihnen widerfahren war.

Das guatemaltekische Militär nahm während des Konflikts direkt die Spiritualität der Maya ins Visier. Die Armee zerstörte beispielsweise *Salquil Grande*, ein heiliger Ort für Maya-PriesterInnen und wandelte ihn in ein militarisiertes „Modelldorf“ um.

Zusätzlich wurde der Zustrom zahlreicher verschiedener evangelikaler protestantischer Sekten als eine Form sozialer Kontrolle benutzt, um die Gemeindeglieder zwischen den verschiedenen Sekten zu polarisieren und sie sowohl von der Maya-Weltanschauung als auch von der katholischen Befreiungstheologie zu distanzieren, welche die Leute dazu ermuntert, sich für ihre Rechte einzusetzen. Evangelikale Lehren bringt die Leute dazu, ihr Los protestlos zu akzeptieren und sich auf das Leben nach dem Tod zu konzentrieren. Einige Sekten suggerieren oder erklären gerade heraus, dass die Menschen Guatemalas im Krieg gelitten hätten, weil sie der falschen Religion gefolgt seien.

„Also, was das Wachstum der evangelikalen Kirchen betrifft, so ist die Wahrheit, dass der Krieg der Grund dafür ist, und dass es deswegen heute so viele Religionen gibt. Warum? ... Wenn sie wüssten, dass jemand katholisch wäre, so würden sie ihn/sie sicher anklagen, kriminell zu sein, der Guerilla anzugehören, doch das stimmt nicht... Aus Angst mussten sie die Religion wechseln... Viele hatten Angst, deshalb gibt es Spaltungen...“ – Eltern, Interview in Nebaj.

Die Präsenz von sich konkurrenzierenden Kirchen hat Streitigkeiten zwischen den Leuten darum zur Folge, wer nun die „Geretteten“ seien und die „Wahrheit“ besässen. Jede Sekte weist die anderen als häretisch zurück. Zur einen zu gehören meint, die anderen auszuschliessen. (...) Diese Situation trägt zum Zerfall des Zusammenhalts der Gemeinschaft bei, indem eine potenziell einigende Praxis der Zugehörigkeit beseitigt wird. Die Spannungen in den Familien nehmen zu, wenn ein Teenager ent-

scheidet, sich einer bestimmten Sekte anzuschliessen, während andere Familienmitglieder zu einer anderen gehören.

Heranwachsende, die auf der Suche sind nach ihrem Platz und dem Sinn im Leben sind mit zahlreichen Kirchen konfrontiert, die alle den alleinigen Zugang zur Wahrheit für sich reklamieren; sie haben oft grosse Angst, die „falsche“ Wahl zu treffen und möglicherweise dem Heil zu entgehen.

Gleichzeitig trägt die anvisierte Zerstörung und das teilweise Verschwinden von charakteristischen spirituellen Ixil-Riten und Überzeugungen zu einem kulturellen Sinnverlust bei wie auch zum Gefühl unter Jugendlichen, indigene Lebensformen seien minderwertig. Bei der Beschreibung der idealen Jugend-Identität verweisen Ixil-Teenager auf traditionelle Werte, doch in der Praxis weisen sie bisweilen Maya-Tugenden zu Gunsten nicht-indigener Praktiken zurück.

Rückzug des Ideals

Wenn junge Ixil-Männer und -Frauen darüber diskutieren, was es heisst, Jugendliche/r zu sein, stellen sie eine weitreichende Liste von Eigenschaften und Werten zusammen, die sowohl ihr Bild des idealen Verhaltens von Jugendlichen einschliessen als auch Schilderungen ihres tatsächlichen Handelns.

Das Modell des/der idealen Jugendlichen, auf das sich junge *Ixiles* stützen, basiert primär auf traditionellen soziokulturellen Mustern, die *Verantwort-*

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

tung, *Gehorsam* und *Respekt* als fundamentale Werte des individuellen, familiären und gemeinschaftlichen Lebens ausweisen. Die Jugendlichen sehen in diesen Eigenschaften jene Prinzipien, welche ihr tägliches Denken und Handeln führen sollen, damit sie „gute Jugendliche“ sind. Sie anerkennen, dass dieses Modell mit dem von den Erwachsenen beschriebenen Standard übereinstimmt.

Trotzdem sehen junge Ixil-Männer und -Frauen sich selbst nicht als Verkörperungen des Idealbildes. Sie stellen

sich ihre Identität als eine Mischung von positiven und negativen Eigenschaften vor, entsprechend der Charakterisierung, die von den Jugendlichen wie von den Erwachsenen verwendet wird. Unter den positiven Eigenschaften, die Ixil-Jugendliche sich selbst zuschreiben, sind *Verantwortung*, *Gehorsam*, *Respekt*, *Liebenswürdigkeit*, *Arbeitsethik*, *Bildung* und *Intelligenz*. Die negativen Werte, mit denen sie sich selbst beschreiben sind *Verantwortungslosigkeit*, *Ungehorsam*, *Respektlosigkeit*, *Unehrlichkeit*, *Beleidigung*, *Unhöflichkeit* und

Apathie.

Die Jugendlichen zeigen selten offen die Einsicht, dass diese beiden Listen von Eigenschaften sich direkt widersprechen. Auch fassen sie nicht in Worte, wie diese Kontraste sich auswirken. Aber ihr Scheitern – oder ihre Weigerung –, ihren selbst geäußerten Idealen sowie den Erwartungen ihrer Eltern Folge zu leisten, verursachen Probleme mit ihrer eigenen Person wie auch in ihren Beziehungen.

(Zweiter Teil im nächsten !Fijáte!)

Die Bedingungen der Konsultivgruppe

Guatemala, 20. Feb. Das Treffen der Konsultivgruppe vom 12. und 13. Februar endete mit der Zusage der internationalen Gemeinschaft, der Finanzinstitute und der befreundeten Länder, den Friedensprozess in Guatemala weiterhin zu unterstützen.

Das Treffen verlief in einem höchst 'demokratischen' Rahmen: Alle wurden angehört (Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft), alle gestanden Fehler ein (Präsident Portillo: "Wir haben die Korruption nicht unter Kontrolle") oder machten Zugeständnisse (Julio Reyes, Vertreter der Wirtschaft: "Wir sind bereit, unsere Verantwortung wahrzunehmen").

Präsident Portillo zeigte sich erfreut über "diese Art von Umgang", und meinte, diese Übung könne als Ausgangspunkt dienen, eine neue Beziehung zwischen Regierenden und Regierten aufzubauen. Einmal mehr wurde die Möglichkeit eines Nationalen Dialogs erwähnt.

Seitens der Geldgeber kamen kritische Fragen bezüglich der Militarisierung, der zunehmenden Verletzung der Menschenrechte und der Einhaltung der Friedensabkommen. Offenbar gelang es der Regierung, diese Bedenken aus dem Weg zu räumen. (Ein diesbezüglich cleverer Schachzug Portillos war es, zwei Tage vor dem Treffen der Konsultivgruppe sieben im Innenministerium angestellte Ex-Militärs zu entlassen. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass er die Forderungen der Zivilgesellschaft nach einer Entmilitarisierung der öffentlichen Sicherheit ernstnehme. Nicht betroffen von dieser Massnahme ist jedoch der Innenminister und ehemalige Verteidigungsminister selber, General Eduardo Arévalo Lacs, von dem es heisst, er sei der Kommandant der Patrouille gewesen, die das Massaker in *Dos Erres* begangen hat.)

Nachdem sowohl die Regierung als

auch die Zivilgesellschaft von den Geldgebern gerügt und ermahnt wurden, gab die Konsultivgruppe bekannt, Guatemala weiterhin mit technischen und ökonomischen Programmen in einer Höhe von 130 Milliarden US-\$ zu unterstützen. Dies ist etwa gleich viel Geld, wie die Konsultivgruppe an den vorangegangenen Treffen bewilligte.

Die Auszahlung dieses Geldes ist jedoch an die Bedingung geknüpft, dass gewisse Finanzgesetze revidiert werden, dass sich die Menschenrechtslage verbessert, dass die Korruption bekämpft und der Staatsapparat modernisiert wird. Die Einhaltung dieser Bedingungen soll im August 2002 und im März 2003 überprüft werden. Im Falle einer (für die internationalen Geldinstitute annehmbaren) Revision der Finanzgesetze werden weitere 350 Mio. US-\$ für diesen Bereich in Aussicht gestellt.

Von den 130 Milliarden US-\$ sind 75% Darlehen und 25% Schenkungen.

Richtig zufrieden war von den VertreterInnen der Zivilgesellschaft nach dem Treffen in Washington niemand. Zur Frage, was das ganze hätte sollen, machte sich die Redaktion der Tageszeitung *el Periódico* ein paar Tage nach dem Treffen Gedanken:

"Am Ende des Treffens der Konsultivgruppe ist einiges klargeworden: Guatemala schafft es immer noch, das Interesse der internationalen Gemeinschaft auf sich zu lenken, (auch wenn sich im Moment die ganze Welt nach Afghanistan dreht und dort alle am Wiederaufbau helfen wollen). Die internationale Gemeinschaft anerkennt die Friedensabkommen als nationales Programm. Es hat sich auch gezeigt, dass die Konsultivgruppe einen Einfluss auf die guatemaltekische Regierung hat und dass diese ihren Ruf bewahren will.

Nicht ganz klar ist, ob die Konsultivgruppe tatsächlich glaubt, was die guatemaltekische Regierung ihr vor-

macht. Die Weltbank z.B. scheint die Idee eines *Transparenz-Programmes* ernst zu nehmen, mit dem die Regierung einerseits den Kampf gegen die Korruption führen und andererseits beweisen will, wie sehr das Land dem Privatsektor ausgeliefert ist. Die harsche Kritik an der Erhöhung des Militärbudgets und den Menschenrechtsverletzungen beweist wiederum, dass die Konsultivgruppe der Regierung nicht alles durchgehen lässt.

Unklar ist, ob diese Übung wirklich der Beginn eines nationalen Dialogs ist. Wer weiss, ob man in Guatemala fähig ist, sich ebenso 'zivilisiert' zu benehmen, wenn kein so illustres Publikum zugegen ist wie in Washington."

Alle in Washington Anwesenden waren sich einig, dass den Friedensabkommen Priorität eingeräumt werden müsse. Für Miguel Angel Sandoval, Vertreter der URNG während den Friedensverhandlungen, ist die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft die Regierung mit der Umsetzung der Abkommen unter Druck setzt, ein positives Zeichen. Jetzt oder nie müssten die Abkommen umgesetzt werden, weil in ein paar Monaten der Wahlkampf beginnt und das Thema wieder vom Tische verschwindet, meinte Sandoval.

Weniger optimistisch ist Manuel Conde, der während der Regierungszeit von Jorge Elias Serrano an den Friedensverhandlungen teilnahm. All die Versprechen bezüglich der Friedensabkommen seien Teil des Diskurses von Portillo, um das Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen. Genauso sei es auch an den früheren Treffen gewesen. Doch sei keine materielle Verbesserung für die Mehrheit der Bevölkerung spürbar gewesen. "Einzig die internationale Gemeinschaft glaubt noch immer an die Friedensabkommen, deshalb fühlt sie sich verpflichtet, immer wieder Geld für deren Umsetzung zu spenden", meinte Conde.

Gesucht: Unabhängiger, neutraler General-Staatsanwalt

Guatemala, 15. Feb. Die Bewegung *Pro Justicia*, in der verschiedene soziale Organisationen vereint sind, startete ihre Kampagne für die Wahl eines neuen General-Staatsanwaltes. Dieser wird, ebenso wie die Richter des Obersten Wahlgerichts (TSE), der staatliche Rechnungsprüfer und der staatliche Menschenrechtsombudsmann dieses Jahr im April neu gewählt. 'Ernannt' müsste man im Falle des General-Staatsanwaltes sagen, denn der Entscheid wird vom Präsidenten gefällt.

Die Auswahl der Leiter obengenannter Institutionen ist ausschlaggebend für die Konsolidierung der Demokratie, welche sich zur Zeit in einer Krise befindet. Es ist offensichtlich, dass diese Institutionen nicht von der im Augenblick von der FRG-Regierung ausgehenden Autorität und Korruption durchsetzt sein dürfen. Die permanente Absicht der Regierungspartei, sich die diversen Institutionen unterzuordnen, die ein Gegengewicht zur herrschenden Macht bilden oder bilden sollten, haben nun die sozialen Organisationen dazu

veranlasst, ein Augenmerk auf das Auswahlverfahren des General-Staatsanwaltes zu werfen. Wortführerin der Initiative ist die Menschenrechtsaktivistin Helen Mack.

Die Organisationen zählen einerseits eine Reihe von Mängeln innerhalb der Staatsanwaltschaft auf und machen Vorschläge, welche Bedingungen einE KandidatIn erfüllen muss. Als Grundlage dafür diente eine breit angelegte Befragung von JuristInnen, Jus-StudentInnen, RichterInnen und weiteren Fachleuten.

Zu den aktuellen Mängel gehören: Technische und finanzielle Probleme, Unregelmässigkeiten in der Administration sowie der fehlende Wille, unparteilich und streng zu richten. Zusammenfassend machen die Organisationen die Staatsanwaltschaft für die nach wie vor praktizierte Straflosigkeit im Land verantwortlich und für die Unmöglichkeit, einen Rechtsstaat aufzubauen. In diesem Zusammenhang wird auch die Wahl des aktuellen General-Staatsanwaltes, Adolfo González Rodas, kritisiert.

Zu den Kriterien, die einE KandidatIn erfüllen muss, gehören berufliche Fähigkeit, Unparteilichkeit und Nicht-Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. Weiter fordert die Bewegung *Pro Justicia* den Einbezug von VertreterInnen der sozialen Bewegung in die Auswahlkommission. Nur so könne Vetternwirtschaft und politische Willkür verhindert werden. Ebenso wird verlangt, dass die Bevölkerung über den Leumund des Kandidaten oder der Kandidatin informiert wird.

Der Vorschlag der Bewegung *Pro Justicia* könnte eine wertvolle Arbeitsgrundlage sein für die Kommission, welche die KandidatInnen vorauswählt. Die Frage ist, ob diese (aus dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, den Dekanen der Rechtsfakultät verschiedener Universitäten, dem Präsidenten des Anwaltskollegiums und dem Präsidenten des Ehrengerichts des Anwaltskollegiums zusammengestellte) Kommission ein Interesse daran hat, dieses von *Pro Justicia* sorgfältig erarbeitete Werkzeug zu nutzen.

Menschenrechtsverletzungen: skrupel- und straflos

Guatemala, 22. Feb. Offenbar hat die Bewegung *Pro Justicia* mit der obenerwähnten Arbeit (Kritik am aktuellen und Vorschläge für ein zukünftiges Auswahlverfahren bei der Ernennung des General-Staatsanwaltes) einen wunden Punkt getroffen. Keine zwei Tage nachdem die Organisation ihren Vorschlag veröffentlichte, erhielten Mitglieder von *Pro Justicia* Todesdrohungen. "Alle an der Studie beteiligten Personen erhielten Morddrohungen auf ihre Funktelefone", berichtete Ana María Klein von *Madres Angustias* an einer Pressekonzferenz.

Wenige Tage zuvor informierte die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), dass zwei ihrer MitarbeiterInnen ihren Wohn- und Arbeitsort in Uspantán (Quiché) wegen wiederholten Morddrohungen verlassen mussten.

Die *Vereinigung der entwurzelten Bevölkerung des Petén*, ADEP, berichtete am 11. Februar von der Verfolgung und Bedrohung dreier Mitglieder. Das Fahrzeug, in dem die drei Personen reisten, wurde während einer halben Stunde von einem bewaffneten Motorradfahrer verfolgt. Dieser befand sich bereits zuvor im selben Restaurant wie die ADEP-MitarbeiterInnen und gab bei Verlassen des Ortes Schüsse in die Luft ab. Die Angestellten von ADEP sind mit

der Betreuung des Baus von 150 Häusern für die entwurzelte Bevölkerung des Peténs beauftragt.

Am 19. Februar im Morgengrauen wurden die Büros der Koordination der Maya-Organisationen (COPMAGUA) überfallen. Dabei wurde Material im Wert von rund 12'000 US-\$ entwendet, darunter acht Computer, ein Multimedia-Projektor und eine Telefonanlage. Obwohl sofort eine Anzeige erstattet wurde, traf die Polizei erst um 11 Uhr ein.

(Mord-)Drohungen gegen soziale Organisationen und deren VertreterInnen haben in den letzten Monaten zugenommen, ohne dass die zuständigen Behörden etwas dagegen unternehmen können oder wollen. Aber nicht nur das, auch das Ausführen der Drohungen, das heisst, die Ermordung 'unbequemer' Personen, scheint wieder Eingang in die Praxis gewisser Kreise gefunden zu haben.

Ein trauriges Beispiel dafür ist die Ermordung von César Augusto Rodas, einem der Hauptzeugen gegen Vizepräsident Francisco Reyes López, der einer mit staatlichen Mitteln geführten Verleumdungskampagne gegen Jorge Briz angeklagt ist (siehe ¡Fijáte! 247). Rodas und andere MitarbeiterInnen der nationalen Druckerei, in der die in der Kampagne verwendeten Flugblätter auf Be-

fehl von Reyes López gedruckt wurden, erhalten seit letztem August Drohungen. Die ehemalige Leiterin der Druckerei, Silvia Méndez, und deren Anwältin und *Unionista*-Kongressabgeordnete Magda Arceo sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen, wo Méndez sich immer noch aufhält, währenddem Arceo im Januar nach Guatemala zurückgekehrt ist.

César Augusto Ródas wurde mit einem einzigen Schuss in die Brust ermordet, als er auf dem Weg zur Arbeit war. Beharrlich versuchen die guatemaltekischen Behörden der Öffentlichkeit weiszumachen, bei diesem Mord handle es sich um ein 'gewöhnliches Verbrechen'! Begründung: Seine Brieftasche sei gestohlen worden.

Magda Arceo beantragte unmittelbar nach der Ermordung Ródas' bei der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) Asyl für weitere zwölf ZeugInnen des Falles. Ausserdem forderte sie die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) auf, den Fall zu untersuchen. Implizit machte sie die *UNO-Mission für Guatemala* (MINUGUA) für die Ermordung Ródas' verantwortlich. Mehrmals sei Anzeige wegen der Drohungen gemacht und um Schutz für ihn gebeten worden, doch habe MINUGUA die Situation nicht ernst genommen, kritisierte Arceo.

Chocón: Widersprüchliche Informationen über Tathergang

Guatemala, 21. Feb. Die Ortschaft Chocón, Izabal, in der am 29. Januar bei einer sogenannten Drogenrazzia zwei Männer ums Leben kamen (siehe !Fijáte! 254) ist seither nicht mehr aus den guatemaltekischen Nachrichten verschwunden. Die veröffentlichten Meldungen tragen jedoch eher zur Verwirrung denn zur Aufhellung des Falles bei.

Als erstes hiess es seitens des Menschenrechtsprokurators Julio Arango Escobar, er habe vertrauliche Informationen, deren Quellen er nicht preisgeben könne, dass US-amerikanische Anti-Drogeneinheiten in den Vorfall involviert seien. Laut Arango Escobar waren über 40 Männer am Überfall be-

teiligt. Zu gegebener Zeit würde er seinen Bericht mit allen notwendigen Beweisen abliefern...

Als nächstes verhaftete die zivile Nationalpolizei (PNC) 17 Agenten des guatemaltekischen *Departements für Anti-Drogen-Operationen* (DOAN). Polizeidirektor Luis Arturo Paniagua erklärte, die ursprüngliche Version der DOAN-Mitglieder, die seien ins Dorf gegangen, weil dort eine Schiesserei stattgefunden hätte, stimme nicht. Ebenso schliesst Paniagua aus, dass US-amerikanische Anti-Drogeneinheiten am Überfall beteiligt waren. Über die zwei Ermordeten wusste Paniagua hingegen zu sagen, dass sie miteinander befreundet gewe-

sen seien, und sich die DorfbewohnerInnen darüber gewundert hätten, dass sie so schnell zu Geld gekommen seien.

Ein paar Fragen bleiben weiterhin ungeklärt: Wem gehören die fünf Luxusautomobile, die in Chocón sichergestellt wurden? Wer sind die 23 restlichen Männer, die die ZeugInnen des Menschenrechtsprokurators gesehen haben wollen, von denen Paniagua jedoch nichts wissen will? Und wer auf höchster Staatsebene hat ein Interesse daran, die (mittlerweile nachgewiesene) Beteiligung des nationalen Chefs der DOAN, Oscar Oswaldo Cerna Vidal, während einer Woche gegenüber der Presse zu vertuschen?

Tourismusbranche steigert Einnahmen

Guatemala, 14. Feb. Ein regelrechtes Chaos im Flughafen *La Aurora* war die Folge eines einnächtigen Streiks von 81 Fluglotsen, die für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt kämpften. Sämtliche In- und Auslandflüge mussten in dieser Nacht umgeleitet oder abgesagt werden, Sondereinheiten der Polizei umstellten den Flughafen und als Verhandlungspartner schickte man den neu ernannten Antiterrorspezialisten, Miguel Angel Calderón. Ihr Ziel erreichten die Fluglotsen nicht, doch einige Kosten verursachten sie trotzdem: Rund 125'000 US-\$ Verlust bedeutete diese Nacht Flugausfall für die Fluggesellschaften, Reisebüros, Taxifahrer und den Staat.

Keine gute Note also für den guatemaltekischen Tourismus, und dies, nachdem im Januar der Geschäftsführer des Tourismusinstituts INGUAT, Freddy Muñoz, bekannt gab, dass im Jahr 2001 die Tourismusbranche zum ersten Mal in der Geschichte die Exporteinnahmen traditioneller Produkte (Kaffee, Zucker, Banane und Kardamom) übertroffen hat.

Laut Daten von INGUAT besuchten im Jahr 2001 835'000 Personen das Land, 8760 mehr als im Vorjahr. Die meisten Reisenden kamen aus El Salvador (214'114), gefolgt von den USA (193'285), den restlichen zentralamerikanischen Ländern (141'592) und Europa (129'974).

Als Besuchsgrund gaben 44% Urlaub an, 20% waren geschäftlich unterwegs, 19% besuchten Familienangehörige, 7% besuchten eine Sprachschule und 9% kamen aus anderen Gründen nach Guatemala.

Interessanterweise gaben die TouristInnen im Jahr 2001 durchschnittlich weniger Geld aus (65.28 US-\$ täglich) als im Jahr 2000 (76.22 US-\$). Dies hatte zur Folge, dass, obwohl mehr TouristInnen ins Land kam, die Einnahmen in diesem Sektor zurückgingen von 535.1 Mio. US-\$ im Jahr 2000 auf 492.7 US-\$ im Jahr 2001.

Dies ist jedoch immer noch mehr als die Einnahmen aus dem Export traditioneller Produkte. Laut Angaben der *Guatemaltekischen Bank* (BANGUAT) betragen die gesamten Exporteinnah-

men im Jahr 2001 2,49 Milliarden US-\$, davon werden 948 Mio. von den traditionellen Produkten generiert. Zusammen ist das zwar mehr als der Tourismus einbringt, doch einzeln stehen die traditionellen Produkte hinter diesem zurück (Kaffee 338 Mio, Banane 214 Mio, Zucker 290 Mio und Kardamom 105 Mio.)

Grösste Einnahmequelle waren 2001 jedoch die Geldrücksendungen (Remesas) von den mehrheitlich in den USA lebenden GuatemaltekinInnen an ihre zurückgebliebenen Familien. Rund 589 Mio. US-\$ machte dieser Sektor aus. Dies, obwohl seit dem 11. September der Remesas-Fluss um rund 30% zurückgegangen ist.

Diese Daten zeigen, wie gross die wirtschaftliche Abhängigkeit Guatemalas von den Vereinigten Staaten nach wie vor ist. Bisher scheint es nicht so, dass die Bemühungen, den zentralamerikanischen Markt (MERCOSUR) zu stärken, eine wirkliche Alternative bietet. Vom gesamten Exportvolumen Guatemalas gehen bloss 15% in die zentralamerikanischen Länder.

Landwirtschaftskrise verschärft sich

Guatemala, 14. Feb. Die Aussicht auf eine Beilegung der Landwirtschaftskrise ist nicht sehr optimistisch. Gründe dafür sind die weiterhin sinkenden Preise auf dem Weltmarkt und der Klimawechsel, beides Ursachen, die zu Arbeitslosigkeit und Hunger führen können. Die schlechten Weltmarktpreise nicht nur für Kaffee, sondern generell für Landwirtschaftsprodukte, werden von den Unternehmern auf die Angestellten abgewälzt, erklärte Patricia Mon-

je von der Landwirtschaftskammer. BäuerInnenorganisationen machten publik, dass es auf vielen Fincas an der Tagesordnung sei, statt der vorgeschriebenen 27.50 Quetzales pro Tag Löhne zwischen 2 und 10 Quetzales zu bezahlen.

Die Campesin@-Organisationen kündeten ein "Jahr des sozialen Drucks" an. Mit Land- und Strassenbesetzungen wollen sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Die Organisationen sind sich einig: Mit Pflästerchenpolitik, wie sie die

Regierung jahrelang betrieben hat, verbessert sich die Situation für sie nicht. Im Januar forderten deshalb die Mitglieder der Koordination der BäuerInnenorganisationen (CNOC) eine *Integrale Landreform*.

In diesem Sinne ist mit einem konfliktiven Jahr zu rechnen, was die Landkämpfe betrifft, und die Regierung, die es bisher nicht geschafft hat, eine Antwort auf die Forderungen der BäuerInnen zu geben, ist herausgefordert.

Unbezahlbare Bussgelder für Lokalradios

Guatemala, 19. Feb. Es scheint, dass das *Amt für Kommunikation* (SIT) vergessen hat oder absichtlich ignoriert, dass im Kongress ein neues Gesetz über die Vergabe von Radiofrequenzen debattiert wird. Der entsprechende Gesetzesvorschlag wurde im Januar in erster Lesung diskutiert. Eine Annahme dieses Gesetzes hätte die Legalisierung von Hunderten von Lokalradios zur Folge, die heute als 'illegal' gelten sowie eine gerechte Regelung der Vergabe von Frequenzen.

Während der Gesetzesvorschlag im Kongress diskutiert wurde, veröffentlichte die SIT in der Tagespresse Inserate, in denen sie auf den 27. Fe-

bruar eine Versteigerung ankündigte, bei der (bald die letzten freien) Frequenzen an den/die Meistbietenden abgegeben werden. Da die Frequenzen zu horrenden Preisen gehandelt werden (bis zu 1 Mio. US-\$ für eine Frequenz mit nationaler Reichweite) bleibt vielen Kommunalradios nichts anderes übrig, als 'schwarz' zu senden.

Um auch dem einen Riegel vorzuschieben (wohlgemerkt: das Gesetz ist immer noch in Diskussion!) kündete die SIT am 18. Februar die Verhängung von drastischen Bussgeldern an. Bereits am 19. wurden die ersten Bussen verteilt: 10'000 US-\$ pro Radio, zahlbar in einer Frist von fünf Tagen! VertreterInnen des *Guatemal-*

tekischen Rats für kommunale Kommunikation (CGCC) bezeichneten diese Massnahme als pure Schikane, viele der im CGCC zusammengeschlossenen Radios haben kaum die Mittel, um die monatliche Stromrechnung zu bezahlen, viele ihrer MitarbeiterInnen arbeiten ohne Lohn.

Gleichzeitig startete die SIT landesweit in allen grossen Radiosendern eine Kampagne gegen die Kommunalradios, die sog. 'Piratensender' und den 'illegalen' Handel von Frequenzen. Bis zu sechs Mal pro Stunde wurden Sendungen unterbrochen und Werbespots eingespielt, die unter anderem die Bevölkerung aufriefen, Radios anzuzeigen, die 'illegal' senden.

Koalition fordert die Ratifizierung der 'Statuten von Rom'

Guatemala, 12. Feb. Mit dem Ziel, Druck auf die guatemaltekische Regierung auszuüben, damit diese die 'Statuten von Rom' ratifiziert, welche die Gründung eines Internationalen Strafgerichtshofs festlegen, haben sich verschiedene Menschenrechtsorganisationen zu einer Koalition zusammengeschlossen.

Laut VertreterInnen der Koalition haben bisher 52 Länder die Statuten ratifiziert, weitere 13 sind kurz davor. Der Gerichtshof gilt als gegründet, wenn 60 Länder die Statuten ratifiziert haben, was noch in diesem Jahr der Fall sein könnte.

Guatemala, als eines der Länder mit den meisten Menschenrechtsverletzungen des Kontinents, hat bisher noch nicht viel unternommen in Sachen Ratifizierung der Statuten.

Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) und Mitglied der Koalition wies darauf hin, dass El Salvador, Nicaragua und Honduras in einer ähnlichen Situation stecken wie Guatemala, während Costa Rica und Belice die Statuten ratifiziert haben. Der Internationale Gerichtshof kann keine Verbrechen untersuchen, die in einem Land stattgefunden haben, solange dieses die Statuten nicht ratifiziert hat.

Maria Eugenia Solís von der feministischen Zeitschrift *La Cuerda* und ebenfalls Mitglied der Koalition, wies darauf hin, dass das Gericht erst Verbrechen untersuchen kann, die nach seiner Gründung begangen wurden, also keine rückwirkende Kompetenz hat. Weiter meinte Solís, die Ratifizierung der Statuten von Rom

seitens der guatemaltekischen Regierung, sei ein möglicher Garant dafür, dass Verbrechen, wie sie in der Vergangenheit begangen wurden, in Zukunft nicht mehr ungestraft wiederholt werden können.

Präsident Portillo spürt offenbar bereits einen gewissen Druck seitens der Koalition, weshalb er sich beim Verfassungsgericht ein paar Informationen einholte. Unter anderem wollte er wissen:

- Ob die Verfassung verletzt werde, wenn das internationale Strafgericht Fälle von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt, die nach seiner Inkraftsetzung begangen werden. Dazu gehören auch Verbrechen, die

andere Personen auf guatemaltekischem Boden oder in einem guatemaltekischen Flugzeug begehen, bzw. Verbrechen von GuatemaltekInnen im Ausland.

Wer zwischen den Zeilen dieser Frage liest, merkt, dass es Portillo in erster Linie darum geht, abzusichern, dass kein zukünftiger guatemaltekischer Menschenrechtsverletzer oder Völkermörder international zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Auch wenn Portillo auf den Druck der Koalition reagiert, ist es am Ende der Kongress, der die Ratifizierung der Statuten beschliessen muss. Und so lange Ríos Montt als Kongresspräsident amtiert, ist kaum anzunehmen, dass dies geschieht.

Rigoberta gibt nicht auf

Guatemala, 15. Feb. Nachdem es längere Zeit ruhig um den Fall war, gab die Stiftung Rigoberta Menchú Tum bekannt, dass das spanische Gericht entschieden hat, der Revision des Falles 331-99 stattzugeben. Es handelt sich dabei um den Fall Rigoberta Menchú gegen Efraín Ríos Montt, Humbert Mejía Víctores, Fernando und Benedicto Lucas García und andere ehemalige guatemaltekische Militärs. Der Klage Rigobertas haben sich eine Vielzahl von sozialen Organisationen und Einzelpersonen aus Guatemala und Spanien angeschlossen.

Die Klage wurde im Dezember 1999 eingereicht, im März 2001 lehnte es das spanische Gericht ab, den

Fall zu führen, worauf die Anklage-seite den Revisionsantrag stellte.

Mit der Wiederaufnahme des Falles besteht die Möglichkeit, dass die Verantwortlichen des Völkermordes doch noch zur Rechenschaft gezogen werden. Der nächste Schritt in der Untersuchung ist eine öffentliche Anhörung, in der alle Beteiligten ihr Plädoyer abgeben können.

Weiter gab die Friedensnobelpreisträgerin bekannt, dass sie Guatemala aus Sicherheitsgründen verlassen und nach Mexiko gehe. Von der guatemaltekischen Regierung bekomme sie weder Unterstützung bei ihrer Menschenrechtsarbeit noch könne ihr Sicherheit garantiert werden, begründete sie ihren Entscheid.